

GENTECHNIK

Unmögliche Koexistenz



Keine Koexistenz ohne Kontaminierung: Greenpeace und Friends of the Earth riefen am 8. April zum Protest gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft auf.

(Foto: www.foeeurope.org)

Die EU lockert ihre Haltung gegenüber der Gentechnik. Klarer wird die Situation deshalb nicht. In Luxemburg stocken die Verhandlungen um ein Koexistenzgesetz.

Immerhin: Künftig müssen Produkte, die Gentechnisch Modifizierte Organismen (GMO) enthalten, nicht nur innerhalb der EU, sondern weltweit entsprechend gekennzeichnet werden. Nach der UNO-Konferenz über die Konvention zur Biologischen Sicherheit machte sich am vergangenen Wochenende dennoch Enttäuschung im Lager der Umweltschützer breit. Das Abkommen, das am Freitagabend im brasilianischen Curitiba von den 132 Mitgliedsländern des Cartagena-Protokolls erzielt wurde, tritt erst 2012 in Kraft. Bis dahin reicht die vage Bezeichnung "kann GVO enthalten" noch aus, danach muss die betroffene Ware das Etikett "enthält GMO" tragen.

Dennoch kann der Beschluss durchaus als Durchbruch bewertet werden, dem sich vor allem Brasilien und Mexiko lange widersetzt hatten. Eine eindeutige Kennzeichnungspflicht bedeutet nämlich durch die notwendigen Labornachweise erhebliche zusätzliche Kosten für die Länder, in denen GMO-Pflanzen oder -Futtermittel eingesetzt wird.

Auch auf EU-Ebene kam in den vergangenen Wochen Bewegung in die Diskussion rund um den Einsatz der Gentechnik. Die österreichische EU-Präsidentschaft hatte beschlossen, das heiße Eisen anzupacken und organisierte am 12. April eine Orientierungs-Debatte über Gentechnik. Es war dies die erste größere Debatte seit mehr als zwei Jahren. Die

Auffassungen zum Thema Gentechnik gehen nicht nur unter den Mitgliedstaaten auseinander, auch innerhalb der EU-Kommission gibt es unterschiedliche Meinungen.

EU übt Selbstkritik

Konkret kollidierten in Wien die Ansicht der beiden EU-Kommissare für Gesundheit und Umwelt und die Meinung von Kommissionsvizepräsident Günther Verheugen. Zumindest vordergründig schienen die Gen-Skeptiker diesmal das Rennen zu machen. Immerhin gab die Kommission den beiden EU-Kommissaren für Umwelt und Gesundheit grünes Licht, ihre Vorschläge für mehr "wissenschaftliche Kohärenz und Transparenz von Entscheidungen über GMO" auszuarbeiten. Angesichts der "Erfahrungen beim Inverkehrtreten von GMO" habe die Kommission beschlossen, "konkrete Verbesserungen" des Systems vorzunehmen. Wenn es um die Zulassung von GMO geht, soll sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) künftig gründlicher mit den nationalen wissenschaftlichen Einrichtungen abstimmen. Mehr noch: Sollte ein Mitgliedstaat "wichtige neue wissenschaftliche Fragen" aufwerfen, so kann die Zulassungsprozedur gestoppt werden. Allerdings solle dies im "bestehenden rechtlichen Rahmen" passieren, so die Kommission - "im Einklang mit dem EU- und WTO-Recht und unter Vermeidung unnötiger Verzögerungen bei den Zulassungsverfahren".

Dass dies möglich sein wird, bezweifeln gentechnik-kritische Organisationen. Greenpeace Europe begrüßte zwar die Ankündigung der Kommission, forderte jedoch, für die EFSA sollten unverzüglich neue Richtlinien über die Einschätzung der Risiken von GMO ausgearbeitet werden. Am Rande der Konferenz hatte der EU-Kommissar für Umwelt Savros Dimas erstaunlich klare Worte gesprochen. Die EFSA sei in der Abschätzung der Risiken zu sehr auf Informationen der GMO-Hersteller angewiesen. Es stelle sich die Frage, "ob wissenschaftliche Meinungen nur von Informationen abhängen, die von Unternehmen stammen, die GMO herstellen", so Dimas am Rande der Konferenz. Andererseits basierten die Zulassungen auf Daten, die aus "vertraulich betrieblichen Gründen" zum größten Teil geheimgehalten werden. Somit sei es unmöglich, die Zulassung wissenschaftlich nachzuvollziehen.

Stagnation in Luxemburg

Rechtzeitig zur Konferenz konnte Greenpeace eine Studie über die so genannte "Koexistenz" in Spanien präsentieren. Die Frage, wie eine gentech-freie Landwirtschaft und eine Agrarwirtschaft, in der GMO eingesetzt werden, nebeneinander existieren können, war auch eines der Hauptthemen in Wien. Fazit der Greenpeace-Studie: In nahezu einem Viertel der untersuchten Fälle wurde eine nicht gewollte und nicht beabsichtigte Präsenz von Genmais in den Feldern von Bau-

ern festgestellt, die keine GMO-Pflanzen kultiviert hatten. Der Grad der Kontamination lag bei 12,6 Prozent. In manchen Fällen erlitten die Bauern ökonomische Einbußen, da sie ihren Mais nicht mehr als GMO-frei anbieten konnten, drei Fälle betrafen lokale Sorten, die nun nach jahrelanger sorgfältiger Selektion nicht mehr für künftige Kulturen eingesetzt werden können. Dabei hatte der Staat in Spanien versichert, die bestehenden Richtlinien und Kontrollen würden ausreichend Sicherheit vor Verunreinigungen bieten.

Die Meinung, Koexistenz sei eigentlich gar nicht möglich, teilt der luxemburgische Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo. Er sehe nicht direkt den Sinn eines Koexistenz-Gesetzes, so di Bartolomeo kurz nach Amtsantritt im Oktober 2004 im woxx-Interview (siehe woxx 765), "weil ich der Meinung bin, dass Koexistenz in Luxemburg praktisch unmöglich ist". In Luxemburg stocken derzeit die Verhandlungen um ein entsprechendes Koexistenzgesetz. Die für Mittwoch anberaumte Sitzung der Agrarkommission war kurzfristig abgesagt worden. Innerhalb der EU haben erst fünf der 25 Staaten Koexistenz-Regeln erlassen.

"Ich möchte einen Christbaum errichten, den die Mitgliedstaaten dann selbst behängen können", hatte die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel bei der Konferenz in Wien zum Thema Koexistenz verkündet. Einer allzu strengen nationalen Gesetzgebung legt Brüssel derzeit Steine in den Weg. So wurde Kärntens Antrag, das ganze Land zur gentechnikfreien Zone zu erklären, als nicht konform mit dem EU-Recht erklärt. Slowenien wollte die GMO-Freiheit in einem Umweltprogramm verankern, auch dies wurde von der Kommission nicht gebilligt.

In Wien bekräftigte die Agrarkommissarin, innerhalb der EU gebe es kein Recht, eine bestimmte Region als "gentechfrei" zu erklären. Was den Baumschmuck betrifft, so dürfte es vor allem schwierig werden, ihn aufeinander abzustimmen. Die Frage der Haftung sei ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten, stellte Fischer Boel beispielsweise klar. Gerade über diesen Punkt konnte man sich in Luxemburg bislang nicht einigen.

Danièle Weber

Monopol: woxx-Information bestätigt

"Wir haben betrieblich absolut keine Schwierigkeiten." Das behauptete Monopol-Betriebsführerin Marie-Antoinette Scholer noch Anfang September letzten Jahres gegenüber der woxx. Wir hatten damals die Information veröffentlicht, dass die Monopol-Läden zum Verkauf standen (siehe woxx Nr. 814). Die Monopol-Direktion, seit mehreren Jahren mit einer schlechten Geschäftslage konfrontiert, fuhr offensichtlich eine doppelte Strategie: entweder die Kette mitsamt dem Personal an einen Interessenten aus der Branche verkaufen, oder die Immobilien als solche auf den Markt werfen, und zwar im Package. Die erste Option wurde fallen gelassen, wie die Ankündigung vom Dienstag zeigt: Die Rettung des Personals ist nicht gelungen. Ob der zweite Weg mehr Erfolg hatte, ist bislang nicht gewusst. Es ist aber eher anzunehmen, dass lediglich die "Filetstücke" unter den Immobilien leicht einen Abnehmer finden. Anders als bei Villeroy könnte die Absicht des OGBL, sich für eine Übernahme des Personals in andere Betriebe einzusetzen, statt lediglich über die Höhe der Abfindungen zu verhandeln, mehr Erfolg haben. Für gestern, so André Sowa vom OGBL gegenüber der woxx, waren bereits Unterredungen zwischen Direktion, Gewerkschaften und Confédération du commerce (CLC) angesetzt. Die CLC kündigte per Pressemitteilung ihre Bereitschaft an, zu einer Lösung für die Situation des Personals beizutragen. Ob das zum Nulltarif passiert, oder welche Interessen die Arbeitgeber in der Sache haben, wird sich zeigen.

Arcelor arrête le coke et fume des pneus

L'autorisation d'utiliser des pneumatiques à la place du charbon, accordée par le ministère de l'environnement à Profilarbed, a suscité une question parlementaire du bourgmestre de Differdange, Claude Meisch. A titre d'essai, 20.000 tonnes de matériel pneumatique pourront être brûlées dans un four électrique. Le député s'étonne du terme "essais", puisqu'en 2004, seulement 7.000 tonnes ont été utilisées pour l'ensemble de la France. Meisch demande également si le Luxembourg a vocation à devenir un pays importateur de déchets. Enfin, il s'inquiète de la pollution de l'air engendrée par ce nouveau procédé. Plus crûment, les Verts de Differdange parlent dans un communiqué d'une "nouvelle odeur qui réjouira vos narines". Ils rappellent qu'un pneu renferme des composants chimiques complexes, entre autres des tissus, des halogènes, du nickel et du plomb. Les appréhensions des Differdangeois-es sont d'autant plus compréhensibles que depuis des années, les zones proches des aciéries électriques sont contaminées et que la consommation des légumes du jardin y est officiellement déconseillée. Afin d'obtenir un arrêt des "essais", les Verts ont organisé, jeudi midi, un piquet de protestation devant le portail d'Arcelor à Differdange.

Indexx

Die Besoldung der woxx-Mitstreiter ist ja nicht gerade üppig. Unserem Prinzip der sozialen Selbstausbeutung zum Trotz, haben wir dennoch beschlossen der Belegschaft den realen Inflationsausgleich zum anberaumten Termin zuzugestehen - unter Missachtung jeglicher Tripartite-Kompromisse. Pech nur, dass ein Teil unseres Einkommens durch die Pressehilfe bestritten wird. Die hat der Finanzminister durch seinen Tripartite-Trick ebenfalls einfrieren lassen. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Wir werden unseren LeserInnen einen kleinen Preisaufschlag abverlangen müssen. Womit einmal mehr bewiesen wäre: Die Abschaffung des Index fördert vor allem eines, und zwar Inflation.